



Landeskorrespondenz

Rechnungsabschluss wird am späten Nachmittag weiter beraten

Beschlüsse der Ausschüsse des Salzburger Landtages

Salzburger Landeskorrespondenz, 18.06.2008



(LK) Um 13.10 Uhr unterbrachen der Finanzausschuss und der Finanzüberwachungsausschuss unter dem Vorsitz von LAbg. Hilde Wanner (SPÖ) die Beratungen zum Rechnungsabschluss 2007 sowie zu den Haushaltsüberschreitungen und zum Subventionsbericht. Nach der Mittagspause wurden um 14.30 Uhr die Ausschussberatungen mit der Diskussion der ursprünglich vorgesehenen vier Anträge fortgesetzt. Im Anschluss daran (voraussichtlich gegen 17.00 Uhr) werden die Beratungen zum Rechnungsabschluss sowie zu den Haushaltsüberschreitungen und zum Subventionsbericht fortgesetzt.

Jugendkarte im öffentlichen Verkehr

Nach der Mittagspause befasste sich der Finanzausschuss unter dem Vorsitz von LAbg. Hilde Wanner (SPÖ) mit einem Antrag der Grünen, der folgenden Wortlaut hatte:

Die Landesregierung wird ersucht,

1. ein einfaches Modell auszuarbeiten, das die Mobilität Jugendlicher im öffentlichen Verkehr deutlich verbilligt und sie keinesfalls schlechter stellt als Senior/innen und
2. im Budget 2009 die dafür notwendigen Mittel vorzusehen.

Dieser Antrag wurde mit Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen jene der FPÖ und Grünen abgelehnt. Angenommen mit Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen jene der FPÖ und Grünen wurde der Bericht von Verkehrsreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Wilfried Haslauer, dass die Forderungen dieses Antrags in den Budgetberatungen berücksichtigt werden.

Für die Antragsteller argumentierte LAbg. Dr. Heidi Reiter, dass nicht nur angesichts steigender Treibstoffpreise die Hinführung der Jugend zu öffentlichen Verkehrsmitteln vorrangig sein sollte. Das Angebot an möglichen Vergünstigungen sei zu unübersichtlich. LAbg. Lukas Essl (FPÖ) betonte, es müsse im Interesse der Politik liegen, für erschwingliche und sichere Mobilität bei Jugendlichen zu sorgen. Dies sei in den aktuellen Budgetüberlegungen zu berücksichtigen. Auch LAbg. Waltraud Ebner (ÖVP) sprach sich für eine Vereinfachung und eine attraktive Preisgestaltung bei den Verkehrstarifen aus. LAbg. Arno Kosmata (SPÖ) erklärte, es gebe große Unterschiede bei den verschiedenen Jugendaltersgruppen, die Interessen seien oft grundverschieden. Jedenfalls müsse es eine Vereinfachung bei der Tarifgestaltung geben.

Verkehrsreferent Haslauer bestätigte, dass es Unterschiede bei der Preisgestaltung der Fahrkarten und Vergünstigungen für Jugendliche gebe. Dipl.-Ing. Richard Kobler vom Salzburger Verkehrsverbund führte aus, dass bei der Festlegung der Schüler- und Lehrlingstarife die Finanzierung vom Bund abhängig sei. Mag. Wolfgang Schick, Geschäftsführer von Akzente Salzburg, berichtete, dass 2002 eine Berechnung angestellt worden sei, unter 19-Jährigen mit einer jährlichen Zahlung von zehn Euro auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln den Halbpriß zu ermöglichen.

Spezielle Jobtickets gefordert

Im Ausschuss für Raumordnung, Umweltschutz und Verkehr stand unter dem Vorsitz von LAbg. Michael Obermoser (ÖVP) ein Antrag der FPÖ zur Attraktivierung des öffentlichen Personennahverkehrs durch so genannte Jobtickets auf der Tagesordnung. Der Antrag wurde modifiziert einstimmig angenommen und hatte folgenden Wortlaut:

1. Die Landesregierung wird ersucht zu prüfen, inwieweit das Tennengauer Modellprojekt Mitarbeitermobilität auf andere Bezirke ausgedehnt werden kann und dem Landtag bis zum Ende des Jahres darüber zu berichten.

2. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Für die Antragsteller führte LAbg. Lukas Essl aus, der Weg müsse weg vom Auto als erstes Verkehrsmittel für Pendler führen. Das Land solle Ideen entwickeln, den öffentlichen Verkehr für Arbeitnehmer attraktiver zu gestalten. Im Tennengau gebe es bereits vielversprechende Projekte. Dem schloss sich der Zweite Landtagspräsident Wolfgang Saliger (ÖVP) an und forderte, dass lokale Projekte auf ihre landesweite Tauglichkeit hin geprüft werden müssen. LAbg. Dr. Heidi Reiter (Grüne) forderte eine konsequentere Verkehrsplanung und noch mehr Mobilitätsmanagement von Unternehmen, die noch mehr auf den öffentlichen Verkehr Rücksicht nehmen. Verkehrsreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Wilfried Haslauer führte aus, dass im Budget 134.000 Euro für den Werksverkehr vorgesehen seien, wovon rund 70.000 Euro auf Projekte im Tennengau entfallen. Das Problem sei, dass der Gegenwert von Vergünstigungen von den Arbeitnehmern zu versteuern sei. Die aktuellen Pilotprojekte seien davon noch ausgenommen. Christian Steiner, Geschäftsführer des Regionalverbands Tennengau, erläuterte, dass im Tennengau von Bund und Land insgesamt rund eine Million Euro in den öffentlichen Nahverkehr investiert wurden, zahlreiche namhafte Firmen würden bereits am Probetrieb teilnehmen. Dr. Roland Grünbart von der Abteilung Finanzen und Liegenschaften informierte über das Vorhaben von Landeshauptfrau Mag. Gabi Burgstaller, sowohl Kfz-Benutzer als auch Jahreskartenbezieher im Salzburger Verkehrsverbund zu unterstützen. Hofrat Dr. Michael Cecon, Leiter der Personalabteilung des Landes, führte aus, dass Landesbediensteten mit vielen Dienstwegen in der Stadt Salzburg vom Land eine Netzkarte zur Verfügung gestellt werde.

Prostitution von Asylwerberinnen verbieten

Im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss wurde unter dem Vorsitz von LAbg. Arno Kosmata (SPÖ) ein ÖVP-Antrag betreffend die Änderung des Asylgesetzes zum Schutz von Frauen vor Zwangsprostitution mehrheitlich mit Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen jene der Grünen angenommen. In dem Antrag wird die Landesregierung ersucht, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, die Prostitution für Asylwerberinnen gesetzlich zu untersagen.

Für die Antragsteller argumentierte LAbg. Dr. Florian Kreibich, dass das Asylrecht von Schlepperbanden missbraucht werde, da Asylwerberinnen in Österreich der Beschäftigung als Prostituierte nachgehen können. Für LAbg. Ingrid Riezler (SPÖ) ist wichtig, dass Frauen, die der Prostitution nachgehen, nicht in die Illegalität getrieben werden. Dr. Heidi Reiter (Grüne) sprach sich dafür aus, dass Asylwerberinnen und Asylwerber eine Arbeitserlaubnis erhalten sollen, um eben nicht in die Illegalität getrieben zu werden. FPÖ-Klubobmann Dr. Karl Schnell sagte, mit einem einfachen Verbot sei das Problem nicht zu lösen.

Dr. Anna Hofstätter vom Referat Wahlen und Sicherheit führte aus, dass juristisch nur eine mögliche Handhabe über die Beschäftigungserlaubnis durch das Arbeitsmarktservice bestehe. M121-31

Die Berichterstattung zu den Ausschussberatungen wird in der Landeskorrespondenz/II fortgesetzt.